

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Brauner Welt“ und „Der Jugend-Genosse“... Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung und Cassa für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar...

Die abgegebene Adressenliste ober deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Anfertigung. Allein Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk. einschließlich Anfertigung...

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Kurt Eisner

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stinnes-„Gutachter“

Zur Privatisierung der Eisenbahnen
Von Wilhelm Thurauf-Berlin

(Schluß)

Wie eine Unverfrorenheit wirkt die angebliche weitere Feststellung der Gutachten, daß die Verabwirtung der Bahnanlagen durch den Krieg nicht etwa eine Belastung der Betriebsrechnung in dem Sinne zur Folge gehabt hätte, daß nach dem Kriege außergewöhnliche Aufwendungen für Erneuerungen notwendig gewesen wären. Das Gutachten kommt sogar zu dem Ergebnis, daß diese Aufwendungen im Vergleich zur Vorkriegszeit bedeutend zurückgegangen seien. Dabei fällt jedem Reisenden auf, daß auf den Strecken überall fieberhaft gearbeitet wird, um den Eisenbahnbetrieb wieder auf den früheren Stand zu bringen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um bahneigenes Personal, denn diese Arbeiten werden zum Zwecke des besseren Verdienstes an Privatunternehmer vergeben. Dadurch wird um Millionen und abermals Millionen teurer gebaut.

Die Herren charakterisieren sich selbst mit ihrer angeblichen Schlussfolgerung, daß als Ergebnis der Denkschrift festzustellen sei, daß die übergroße Beanspruchung des Apparates im Kriege nur von unbedeutendem Einfluß auf die überlaufenden Fehlbeträge gewesen ist. Die laufenden Fehlbeträge sind während der Kriegszeit verheimlicht worden, sie haben sich heute aber infolge der Geldinflation ver Hundertfachen, so daß infolge der Entwertung des Geldes jetzt ungeheure Summen ausgegeben werden müssen, um den Eisenbahnbetrieb wieder auf normale Höhe zu bringen. Diese famosen Sachverständigen glauben nachweisen zu können, daß der Verkehr gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gesunken ist, nach ihrer Schätzung auf etwa 70 v. H. Dieser stark gesunkene Verkehr ist aber nach ihrer Meinung nicht allein die Folge des Rückganges der deutschen Produktion, die größer gewesen wäre, wenn die Eisenbahnverwaltung nicht verkehrsdroffeln gewirkt hätte. In gut Deutsch überseht könnte man sagen, daß nach dem Urteil der „Sachverständigen“ der Verdienst der Privatindustrie noch größer als er schon an und für sich ist, gewesen wäre, wenn die Eisenbahnverwaltung noch mehr Aufträge an die Privatindustrie gegeben hätte.

Man muß dem Gutachten darin recht geben, daß es die Eisenbahnverwaltung an statistischen Unterlagen, aus denen die Abwanderung in die unteren Wagenklassen infolge der Tarifierhöhungen festzustellen ist, hat fehlen lassen. Damit wird die Möglichkeit genommen, zu beurteilen, wie durch ein anderes Verhältnis der Einheitsätze die Einnahmen der unteren Wagenklassen gesteigert werden können. Es ist ja bekannt, daß die oberen Wagenklassen prozentual gegenüber den unteren Wagenklassen bei allen Tarifierhöhungen fortgesetzt gesunken sind.

Ebenso interessant ist auch die angebliche Feststellung des Gutachtens, daß die geringe Leistungsfähigkeit der Eisenbahn gesteigert wurde durch die Forderung der Disziplin, durch die allgemeine Arbeitsunlust usw. Die Forderung der Disziplin ist der Industrie auch in ihren Betrieben allerdings ein Dorn im Auge. Ein großer Prozentsatz der oberen Beamtens würde es viel lieber sehen, statt über freie Menschen, über Autos zu befehlen, die ihren Anordnungen unter allen Umständen rückwärtslos Folge zu leisten hätten. Die Feststellung, daß die allgemeine Arbeitsunlust des Personals an der geringen Leistungsfähigkeit der Eisenbahn mit schuld sei, muß der Verfasser, der selbst langjähriger Eisenbahnbeamter ist, als eine Unverschämtheit bezeichnen und als solche zurückweisen. Schon das „Berliner Tageblatt“ weist in seiner Nummer 179 vom 15. April nach, daß auch bei der Großindustrie selbst eine geringere Leistungsfähigkeit des Personals aus bekannten Gründen eingetreten ist. Hierbei interessiert besonders der Schrei nach Bismarck, den die Herren Verfasser der Denkschrift ausstoßen. Sie sagen, daß der damalige Staat über eine unbefristete Autorität verfügte, eine straffe Beamtendisziplin hatte usw.

Schwer liegt den sogenannten Sachverständigen und ihren Auftraggebern auch die Einführung des Achtstundentages im Magen. Das Gutachten faßt daher auch über Dienstbereitschaft, Dienstpausen, Zeit der Vorbereitung für den Dienst, Dienstfahrten des Personals zwischen Dienstort und der Heimatstation, zum Teil sogar über den Annarsch zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte, die als Arbeitszeit

Die Deutsche Lügendiplomatie

Doppelzüngig und unehrlich

Mit heiligem Bemühen sucht die sogenannte nationale Presse Deutschlands Schuld am Kriege in die Schuldliche umzuwenden. Ein vergebliches Beginnen! Vergeblich deshalb, weil die Brandstifter-Tätigkeit der deutschen maßgebenden Kreise im hohlen Verein mit den Machthabern Oesterreich-Ungarns außer allem Zweifel feststeht, und weil gerade aus den amtlichen deutschen Dokumenten durch ihr Treiben aufs Schlagendste hervorgeht. Wir verstehen die Absichten der nationalen Kreise. Denn wenn die Hohenzollern und ihr engerer Anhang schuldlos am Kriege sind, dann sind auch die gegen sie erhobenen Vorwürfe hinfällig, und — so argumentiert man — den Hohenzollern ist bitteres Unrecht geschehen, das nur durch ihre schnelle Restauration wieder gut gemacht werden kann.

Aber der gegen die Hohenzollern und die deutschen militärischen und imperialistischen Kreise erhobene Vorwurf ist nicht grundlos. Und die Legende von der Schuldlosigkeit hat soeben in München bei dem Prozeß, den Kurt Eisners früherer Sekretär Felsch gegen den Kurt Eisners früherer Sekretär Felsch gegen den Kurt Eisners früherer Sekretär Felsch führt, der ihn der Fälschung eines amtlichen Dokuments beschuldigte, einen ebenso tödlichen Dolchstoß erhalten, wie früher schon die andere Legende von dem Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres durch die, wenn auch vielleicht ungewollten Eingeständnisse der „Berufsenften“, nämlich deutscher Heerführer, erledigt worden ist. Aber das angeblich gefälschte, in Wirklichkeit echte Dokument enthält noch eine weitere nicht minder interessante Tatsache: die Verlogenheit der deutschen Diplomatie, die bewusste Irreführung des deutschen Volkes durch die Regierung, die Doppelzüngigkeit der geborenen Vertreter deutscher Wahrhaftigkeit und ihre Gewissenlosigkeit und Verworfenheit.

Unmittelbar nach Kriegsende hatte Kurt Eisner einen privaten Bericht veröffentlicht, der am 9. Dezember 1914 von dem damaligen bayerischen Gesandten in Berlin Graf Verchenfeld an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling geschrieben worden war, und der sich mit einer Unterredung Hertlings mit dem französischen Geschäftsträger Allizé beschäftigte. Hertling hatte Allizé gegenüber am 23. Juli 1914 zugegeben, daß ihm das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt sei. Trotzdem hatte die deutsche Regierung in der Folge wiederholt feierlich betont, daß ihr der Inhalt des Ultimatus nicht bekannt gewesen, daß sie vielmehr von dem Ultimatum überrascht worden sei. Verchenfeld empfahl nun Hertling, was die deutsche Diplomatie und die Oberste Heeresleitung und die Admiralität als ihr Recht und ihre Pflicht stets für sich in Anspruch genommen: zu lügen. Und so wurde dann in der „Bayerischen Staatszeitung“ am 30. Dezember 1914 eine „Berichtigung“ losgelassen, die der Wahrheit ins Gesicht schlug, aber den „Zwecken“ Deutschlands und der deutschen Diplomatie entsprach. Und warum? Mittlerweile hatte die Aeußerung Hertlings gegenüber Allizé in dem französischen Gelbbuch Aufnahme gefunden. Dem mußte entgegengearbeitet werden.

Die darauf bezüglichen entscheidenden Stellen des Verchenfeldschen Briefs an Hertling lauten:

gewertet werden; alles angebliche Feststellungen, die die Tendenz dieser Denkschrift, die rein auf großkapitalistischen Erfolge zugeschnitten ist, erkennen lassen. Die Sachverständigen betonen, daß die Belastung der lebensnotwendigen Güter, wie Kohle, Eisen, Lebensmittel usw. durch Erhöhung der Tarife über das Maß der inneren Geldentwertung hinaus eine weitere Entwertung des Geldes und weitere Preissteigerung im Gefolge haben müsse. Ich stimme hier ausnahmsweise mit den Sachverständigen überein, meine aber, daß nicht die leider so notwendigen Tarifierhöhungen hieran schuld sind, sondern daß in erster Linie die ungeheuren Gewinne der gesamten Industrie mit schuld an der ungeheuren Geldinflation sind. Ein Blick auf die Dividenden der Wirtschaft der Großindustrie und der Werke zeigt, welche ungeheuren Summen roh dieser leider so notwendigen Tarifierhöhungen zurückgelegt werden konnten. Die Vertrustung in der Privatindustrie ist zum erheblichen Teile auf Kosten der Eisenbahnverwaltung mit erfolgt, da die

Hochverehrter Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der „Matin“ erwähnte eine Unterredung zwischen Em. Czjellenz und dem französischen Geschäftsträger Allizé, die auch in deutschen Zeitungen behandelt wird. Nach dem „Matin“-Auszug hatten Em. Czjellenz Herrn Allizé gesagt, daß ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei.

Herrn Graf Wedel auf die Note bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. — Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Öffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Uebersetzung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebände, das für die Stellung des Reiches dem jetzigen Feinde gegenüber wichtig sei, würde durch die Aeußerung Em. Czjellenz an Herrn Allizé, wenn sie unumwunden bleibt, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Em. Czjellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht weiß, so würde Em. Czjellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Oesterreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hiernach die Lage ernst sei.

Man ist mir aus den Akten bekannt, daß Em. Czjellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn von Schön, vom 18. Juli laufenden Jahres Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatumsknote erhalten hätten. Schön hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden, wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstverständlich bleiben und es muß daher auf alle Fälle bestritten werden, daß Em. Czjellenz den Inhalt des Ultimatus vor seiner Uebersetzung gekannt haben. Denn wie der „Matin“ sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre.

Dem Auslande gegenüber, muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden.

Graf Verchenfeld mußte in München in dem Felsch-Prozeß vor Gericht zugeben, daß er den Brief tatsächlich geschrieben habe. Damit ist der Stab gebrochen über die deutsche Diplomatie, und der Münchener Prozeß ist schon jetzt, unbeschadet seines Ausgangs, zu einem weiteren wertvollen Beweisstück gegen die Berliner und Wiener Brandstifter geworden.

München, 28. April.

Beim heutigen zweiten Verhandlungstag des Verchenfeldschen Prozesses Felsch gegen Cohnmann und Genossen mußte der frühere bayerische Gesandte in Berlin, Graf Verchenfeld, zugeben, daß er am 9. Dezember 1914 den an Eisner veröffentlichten Brief an Graf Hertling geschrieben hat. Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg und der Unterstaatssekretär Zimmermann waren mit dem scharfen Vorbehalt gegen Serbien einverstanden. Was den Schön'schen Bericht betreffe, so sei er nur für „Wissende“ geschrieben worden (d. h. in ihm wurde die Wahrheit gesagt, in den anderen Berichten nicht. Die Red. d. „Freiheit“).

Sowohl der Münchener Staatsarchivar Abg. Dirr als auch Staatsrat von Voehl bezeugten, daß bei Ausbruch der Revolution verschiedene Originale von Vorkriegsgerüchten vernichtet worden sind, damit sie nicht den Revolutionären in die Hände fielen.

Großindustrie sich nicht scheut, die Preise für die notwendigen Materialien zum Teil um weit über das 100fache der Friedenspreise heraufzusetzen, um hierdurch Betriebskapital in die Hand zu bekommen, die Konzernbildung vornehmen und dadurch ein Diktat auf dem Preismarkte ausüben zu können.

Der Fuchs kommt auch zum Vorschein, wenn die angeblichen Sachverständigen meinen, daß alle Kreise sich darüber einig seien, daß die Eisenbahn wie ein privates Erwerbsunternehmen verwaltet werden sollte. Gerade das Gegenteil ist der Fall, nicht wie ein privates Erwerbsunternehmen, sondern wie ein Verkehrsunternehmen soll der Eisenbahnbetrieb geleitet sein. Das Erwerbsunternehmen steht nur darauf, wie es am besten und am leichtesten die höchsten Gewinne erzielt. Das Verkehrsunternehmen muß aber aus natürlichen Gründen heraus auch solche Strecken im Betriebe halten, die sich an und für sich nicht rentieren, um aufkeimende Industrien usw. zu stützen.

